



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

Wir setzen unser Wahlziel um: Die Mütterrente kommt!

Große Koalition verabschiedet Rentenpaket im Bundestag

Das Rentenpaket steht. Wichtigste Botschaft: Die Mütterrente, die zentrale Zusage der Union, wird kommen. Neun Millionen Mütter von vor 1992 geborenen Kindern werden künftig bei der Rente ein Jahr mehr als bisher pro Kind angerechnet bekommen.

Mit dieser Neuregelung wird die Erziehungsleistung älterer Mütter besser anerkannt. Denn sie haben häufiger als heute wegen der Erziehung ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet, Kindergartenplätze waren seltener und der berufliche Wiedereinstieg war deutlich schwieriger als heute. In aller Regel gilt daher: je mehr Kinder erzogen wurden, desto geringer fällt die eigene Rente aus. Deshalb war und ist die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für die Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, eine Gerechtigkeitsfrage. Für deren Umsetzung hat sich die Union nachdrücklich und mit Erfolg eingesetzt.

Im Rahmen der langwierigen Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl mussten wir aber einen Kompromiss eingehen: Die Mütterrente konnte nur durchgesetzt werden, nachdem die Union zugestimmt hat, die Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren zeitweise von 65 auf 63 Jahren zu senken. Dies hat innerhalb unserer Partei für viel Skepsis gesorgt. Die Union konnte aber in intensiven Beratungen eine Reihe von Verbesserungen durchsetzen, die den Sorgen Rechnung tragen.

So wird es kein Einfallstor Frühverrentung auf Kosten der Allgemeinheit geben. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und Grundsicherung werden nicht angerechnet. Zudem wird die Anrechnung von Arbeitslosengeld durch einen rollierenden Stichtag begrenzt. Zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Lebensjahr bleiben unberücksichtigt. Wer kurz vor Rentenbeginn

aber durch eine Firmenpleite unverschuldet arbeitslos wird, wird nicht benachteiligt.

Auch Selbständige, insbesondere Handwerker, bleiben nicht von der Rente mit 63 ausgeschlossen. CDU und CSU haben durchgesetzt, dass sie mit berücksichtigt werden, wenn sie nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung gewechselt sind.

Besonders wichtig für uns ist, dass die Entwicklung zur Rente mit 67 zwar verzögert, nicht aber gestoppt oder gar umgekehrt wird. Das Eintrittsalter in die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise wieder an, bis ab 2029 erst wie bisher mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gegangen werden kann. Die Rente mit 63 wird wieder zur Rente mit 65!

Außerdem kommt die Flexi-Rente. Auch sie ist Bestandteil des Konsenspakets. Wer das Rentenalter erreicht, scheidet heute in der Regel aus dem Arbeitsverhältnis aus und geht in den Ruhestand. Hier wollen wir mehr Wahlfreiheit. Wer länger arbeiten kann und will, kann künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich eine Weiterbeschäftigung vereinbaren. Wir zwingen den Menschen und den Betrieben den Ruhestand künftig nicht mehr auf. Eine Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“ wird sich bis zum Herbst mit diesen Fragen befassen und gesetzlichen Lösungen vorschlagen. Wir wollen, dass jeder soweit wie möglich selbst bestimmt, wann er in Rente geht. Wer früher geht, bekommt weniger Rente, weil es nicht von der Allgemeinheit getragen werden kann, wenn jemand kürzer in das Rentensystem einzahlt. Umgekehrt bekommt mehr Rente, wer später geht.

Desweiteren werden zur Flankierung der Rente mit 67 die Erwerbsminderungsrenten verbessert und das Reha-Budget aufgestockt.

Weiterführende Informationen erhalten Sie unter <https://www.cducsu.de/rentenpaket>.

Gentechnik: Sorgen der Menschen ernst nehmen

Viele Menschen in Deutschland haben starke Vorbehalte gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel. Der Bundestag forderte in dieser Woche auf Antrag der Koalition, auf EU-Ebene nationale Anbauverbote zuzulassen. Wir wollen, dass jeder Mitgliedstaat den Anbau von Genmais und von allen anderen gentechnisch veränderten Pflanzen auf seinem Gebiet untersagen darf. Mit der Zustimmung der Bundesregierung gilt eine Mehrheit für diesen Vorschlag bei der Sitzung des Europäischen Rates am 12. Juni als gesichert. Möglich wurde diese Entscheidung der Koalition durch einen Vorstoß aus dem Südwesten: Der CDU-Landesparteitag hatte im März die Forderung nach einem Gen-Vetorecht beschlossen. Auf dem Bundesparteitag im April setzten die Baden-Württemberger dann die Aufnahme der Position in das Europawahlprogramm der CDU durch. Mit der Verankerung des Gen-Vetorechts im europäischen Recht wird eine Regelung korrigiert, die 2002 die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast in der EU mitgetragen hatte. In der „Gentechnik-Richtlinie“ wurde damals verankert, dass grundsätzlich jeder Landwirt in Europa zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen darf – ohne dass ein Staat, ein Land oder eine Region das verhindern kann. Die „gentechnikfreien Zonen“ – wie sie auch von vielen Kreistagen in Baden-Württemberg beschlossen wurden – sind deshalb bislang auf den freiwilligen Gen-Verzicht aller Landwirte in dem betreffenden Gebiet angewiesen.

Zudem will der Bundestag die Wahlfreiheit der Verbraucher bei der grünen Gentechnik stärken. Nach unseren Vorstellungen sollen sämtliche tierischen Erzeugnisse gekennzeichnet werden, wenn die Tiere mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.

Deutsche Wirtschaft nimmt weiter Fahrt auf

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2014 um 0,8 Prozent höher als im vierten Quartal 2013. Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres an Dynamik gewonnen und liegt deutlich über dem EU28-Durchschnitt von 0,3 Prozent. Positive Impulse kamen nach vorläufigen Berechnungen

ausschließlich aus dem Inland. Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich beschleunigt: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2014 um + 2,5 Prozent (EU28: + 1,4 Prozent) und damit so stark wie seit über zwei Jahren nicht mehr. (Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat)

Informationen zu Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Im Juni 2013 verkündeten Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama den Start der Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (kurz: TTIP). Mit diesem Schritt wurden und werden zu Recht große Erwartungen verbunden. Mit TTIP soll der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt geschaffen werden. Allerdings dominieren in der öffentlichen Debatte über die Verhandlungen die Stimmen der Kritiker des geplanten Abkommens. Auch CDU-Anhänger fürchten, dass Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherheitsstandards und Umwelt- und Verbraucherschutzstandards gefährdet werden könnten. Zudem werden Schutzklauseln für Investitionen kritisch gesehen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, mein Kollege Dr. Joachim Pfeiffer aus dem Wahlkreis Waiblingen, hat hierzu ein ausführliches Papier verfasst, das auf die wichtigsten Fragen eingeht und weiterführende Links enthält. Sie finden dieses Papier im Anhang zu dieser Ausgabe von „Berlin Aktuell“

Bringt unsere Mädchen zurück!

Auf Antrag der Union debattierte der Bundestag am Mittwoch über die 230 verschleppten nigerianischen Schülerinnen, die seit mehr als vier Wochen in den Händen der islamistischen Terrororganisation Boko Haram sind. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Volker Kauder machte darauf aufmerksam, dass Boko Haram keinen Hehl daraus mache, im Norden des Landes eine islamistische Republik errichten zu wollen, in der die Scharia herrscht und in der Christen nichts zu suchen hätten. Zur bitteren Wahrheit gehöre, dass das Christentum die weltweit am meisten verfolgte Religion sei, insbesondere durch radikale Islamisten in muslimischen Ländern, so Kauder.